

Dienstag, 10. Dezember 1974

Blatt 3015

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Wiener Gesundheitsbericht: Weniger Tbc-Fälle
in Wien

Wiener Budgetdebatte

Lokal:
(orange)

Wiener Ballkalender 1975 mit 240 Veranstaltungen

Kultur:
(gelb)

• Neue Strauß- und Lanner-Autographen für die
Wiener Stadtbibliothek

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So. 14
bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l ;

=====

wiener gesundheitsbericht:

weniger tbc-faelle in wien
geschlechtskrankheiten, herz- und kreislaferkrankungen
weiter steigend

5 wien, 10.12. (rk) in wien ist die zahl der an tuberkulose erkrankten im jahr 1973, verglichen mit dem vorhergehenden jahr, erfreulicherweise weiter zurueckgegangen, im gegensatz dazu sind jedoch auch im vorjahr die geschlechtskrankheiten sowie herz- und kreislaferkrankungen weiter gestiegen, dies erklarte gesundheits- und sozialstadtrat prof. dr. alois s t a c h e r anlaesslich der praesentation des wiener gesundheitsberichtes fuer das jahr 1973 in einem pressegespraech.

der rueckgang der tbc-faelle ist, nach meinung von prof. stacher, vor allem auf eine wesentlich verbesserte behandlungsmoeglichkeit der tuberkulosekranken zurueckzufuehren, wodurch ein sehr rascher rueckgang der anzahl des chronischkranken erfolgt. erkrankt heute jemand an tuberkulose, so hat er durch die moderne medikamentose therapie die fast hundertprozentige chance, in relativ kurzer zeit wieder gesund und arbeitsfaehig zu werden. 1973 starben 196 personen in wien an tuberkulose (1972 waren es noch 239 todesfaelle). was die zahl der neuerkrankungen im jahr 1973 betrifft, so ist, mit 1.017 personen verglichen mit dem vorjahr (1.216 erkrankungen) ebenfalls ein merklicher rueckgang festzustellen.

beueglich der geschlechtskrankheiten: im vorjahr wurden 5.349 faelle, davon 4.393 erkrankungen an tripper und 956 erkrankungen an lues gemeldet. 1972 waren vergleichsweise 4.701 geschlechtskranke personen (4.166 erkrankungen an tripper und 535 erkrankungen an lues) erfasst worden. dies bedeutet eine zunahme in der gesamtzahl von ueber 13 prozent. die zahl der erfassten geheimprostituierten - im langjaehrigen durchschnitt werden bei etwa 20 bis 25 prozent (rufz.) geschlechtskrankheiten festgestellt - ist von 818 im jahr 1971 auf 630 im jahr 1973 zurueckgegangen.

die gesundenuntersuchungsstellen der stadt wien haben ueber 20 prozent der vorsorgeuntersuchungen im rahmen der "projekt-

studie" des bundesministeriums fuer gesundheit und umweltschutz durchgefuehrt. im vergangenen jahr wurden insgesamt 8.483 personen - davon 5.424 frauen - einer vorsorgeuntersuchung in einer staedti-schen gesundenuntersuchungsstelle unterzogen. dabei konnten 17 krebserkrankungen festgestellt und einer fruehbehandlung zugefuehrt werden. bei einer relativ hohen zahl, naemlich 1.672 personen - lagen kreislaufschaedigungen vor.

die gemeinde wien habe, wie stacher betonte, schon sehr frueh die bedeutung solcher prophylaktischer untersuchungen erkannt und bereits 1950 die ersten gesundenuntersuchungsstellen eingerichtet. wien war damit eine der erste staedte der welt, die derartige ambulatorien errichtete. seit damals wurden bereits weit mehr als hunderttausend personen untersucht. gerade das fruehzeitige erkennen einer krankheit, wie zum beispiel von krebsgeschwueren, herz- und kreislaufschaedigungen, stoffwechselerkrankungen sowie chronischen infektionskrankheiten (zum beispiel tbc) bewirkt eine entsprechend fruehzeitige behandlung und diese wieder ist garantie fuer eine absolute heilung.

wenig erfreut zeigte sich prof. stacher von den ergebnissen der untersuchungen im jugendambulatorium der wiener gebietskrankenkasse: bei den 24.691 untersuchten jugendlichen im alter von 15 bis 19 jahren wurden in 4.840 faellen erkrankungen des bewegungs- und stuetzapparates festgestellt.

nach einer im berichtsjahr durchgefuehrten untersuchung des gesundheitsamtes bezueglich der bleiaufnahme durch exponierte berufsgruppen lagen die arbeiter der staedtischen muellabfuhr mit 26,3 mikrogramm blei in 100 ml blut an erster stelle, gefolgt von den arbeitspolizisten mit 23,0 und den arbeitern der staedtischen strassenreinigung mit 18,5. die gefundenen bleiwerte lagen durchwegs noch unterhalb des gefahrenbereiches, waren jedoch bei den strassenstaubexponierten berufsgruppen deutlich hoeher als bei anderen vergleichspersonen. eine aehnliche wesentlich erweiterte untersuchung wird, wie der stadtrat bei dieser gelegenheit ankuendigte, vom gesundheitsamt im kommenden jahr durchgefuehrt werden.

L o k a l :

=====

wienener ballkalender 1975 mit 240 veranstaltungen

1 wien, 10.12. (rk) derzeit in produktion steht der ballkalender "fasching in wien", den der fremdenverkehrsverband fuer wien in kuerze herausbringen und versenden wird. unter den groesseren baellen finden sich chronologisch: juwelenball (11.1., hofburg), gastgewerbeball (15.1., sofiensaele), blumenball (17.1., sofiensaele), ball der pharmazie (18.1., hofburg), zuckerbaeckerball (20.1., sofiensaele), ball der wiener philharmoniker (23.1., musikverein), boku-ball (23.1., sofiensaele), aerzteball (25.1., hofburg), techniker-cercle (25.1., musikverein), kaffeeliederball (29.1., hofburg), redoute der faschingsgesellschaft (31.1., hofburg), juristenball (1.2., hofburg), opernball (6.2.), narrenabend des wiener maennergesangvereins (9.2., sofiensaele), rudolfina-redoute (10.2., hofburg).

die gesamte liste vom 31. dezember bis 15. maerz enthaelt an die 240 veranstaltungen.

0909

k u l t u r :

=====

neue strauss- und lannerautographen fuer die wiener stadtbibliothek

2 wien, 10.12. (rk) durch neuerwerbungen aus dem ausland ist es der wiener stadtbibliothek gelungen, ihre einzigartige sammlung von originaldokumenten der wiener tanz- und operettenmusik zu vervollstaendigen. unter anderem konnten die eigenhaendigen niederschriften einer ueberdimensionalen ''tritsch-tratsch'' benannten walzerserie fuer orchester von josef lanner und eines capriccios fuer klavier von josef strauss, die beide der forschung bisher unbekannt waren, nach oesterreich zurueckgebracht werden.

neu erworben werden konnten auch die eigenhaendig betiteltete partiturschrift des ''wiener launen-walzers'' op. 6 von johann strauss-vater und das entreelied aus der ''fuerstin ninetta'' von johann strauss-sohn, mit dem 1893 alexander girardi das publikum des theaters an der wien zu begeisterungsstuermen hinriss. eine auswahl dieser und anderer wertvoller manuskripte der familie strauss wird in der grossen johann strauss-ausstellung zu sehen sein, die anlaesslich der 150. wiederkehr des geburtstages des walzerkoenigs im kommenden jahr in der volkshalle des wiener rathauses gezeigt werden wird.

0911

Kommunal:Budgetdebatte im Wiener Rathaus
=====

Wien, 10.12. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz trat Dienstag um 9 Uhr der Wiener Gemeinderat zur Beratung des Voranschlagsentwurfes der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1975 zusammen. Zu Beginn der Sitzung wurde ein SPÖ-Antrag betreffend die Schaffung einer Krankenhaus- und Pflegeheimkommission eingebracht. Die FPÖ brachte drei Anträge ein, betreffend die bessere Kennzeichnung von Kurzparkzonen, Errichtung einer Lichtsignalanlage an der Kreuzung Argentinierstraße - Wiedner Gürtel und das Einschaurecht von Hausvertrauensleuten in die Kostenkalkulation der Heizbetriebe. Die Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Mit dem Referat des Finanzstadtrates Hans Mayr (SPÖ) über das Wiener Budget 1975 sowie über die Neuregelung von Gebühren und Tarifen begannen die Beratungen.

Das 34 Milliarden-Budget

"Die Budgetpolitik einer so großen Körperschaft wie der Stadt Wien ist wegehend Wirtschaftspolitik". Mit dieser Feststellung leitete Finanzstadtrat Hans Mayr (SPÖ) seinen Bericht über das 34-Milliarden-Budget Wiens für 1975 ein.

Drei Faktoren in der internationalen Wirtschaftspolitik verursachen Probleme und Unsicherheit: der Zusammenbruch des Systems der festen Wechselkurse, die wesentliche Verteuerung von Erdöl und Erdgas sowie die weltweite Teuerung. Österreich steht in dieser Situation relativ gut da, die Vollbeschäftigung blieb erhalten, die Teuerungsrate liegt weit unter dem internationalen Durchschnitt, das Wachstum darüber. Trotz aller Unsicherheitsfaktoren kann man vorhersagen, daß Österreich auch 1975 diese Spitzenposition halten wird.

Die Wiener Wirtschaft erbringt in diesem Rahmen eine überdurchschnittliche Leistung: 22 Prozent der Österreicher leben in Wien, 26 Prozent der österreichischen Arbeitsplätze befinden sich in Wien, aber 30 Prozent des österreichischen Bruttonationalproduktes werden hier erarbeitet. In der Entwicklung zeigt sich infolge der Struktur der Wiener Wirtschaft

ein Unterschied zu anderen Bundesländern: Die Wiener Wirtschaft expandiert in guten Zeiten weniger, aber sie ist in schlechteren Zeiten weniger anfällig und besser gewappnet.

Der Arbeitsmarkt ist weiter ausgelastet. Im Oktober 1974 gab es 19.200 offene Stellen (minus 13,5 Prozent gegenüber Oktober 1973) und 6.000 Arbeitslose (gegenüber Oktober 1973 plus 20 Prozent). Immerhin ergibt sich eine wesentliche Veränderung der Tendenz. War bis 1974 die Beschaffung von Arbeitskräften die Hauptaufgabe, so ist es ab 1974 die Sicherung der Arbeitsplätze.

Vor diesem wirtschaftspolitischen Hintergrund war das Budget für 1975 zu erstellen. Übrerrangiges Ziel ist die Sicherung der Vollbeschäftigung, daneben bleiben Hauptziele das Wachstum und die Stabilität.

Stadtrat Mayr wandte sich in diesem Zusammenhang gegen die Behauptung, die öffentliche Hand sei ein Inflationsgewinner: die Zunahme bei Landes- und Gemeindeabgaben bleibt weit hinter den Preissteigerungen zurück, die Einnahmesteigerungen bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben liegen unter der Inflationsrate, von den Gebühren und Tarifen ganz zu schweigen.

Das Wiener Budget sieht Einnahmen von 33.845 Millionen Schilling und Ausgaben von 34.145 Millionen Schilling vor. Darüber hinaus wird erstmals ein Konjunkturausgleichsbudget vorgelegt, das Einnahmen von 600 Millionen Schilling und Ausgaben von 699 Millionen Schilling vorsieht. Insgesamt ergibt sich ein Abgang von 359 Millionen Schilling, das ist ein Prozent des Budgets.

Die Erhöhung der Ausgaben um 7,6 Prozent liegt weit unter der Inflationsrate, das Wiener Budget ist also ein Stabilitätsbudget.

Bei den Ausgaben wurden Schwerpunkte gesetzt. An erster Stelle steht das Sozial- und Gesundheitswesen, damit vor allem die Selbstverständlichkeit, daß jedem Wiener im Bedarfsfall sein Spitalsbett gesichert ist, auch erfüllt wird. Von der Erhöhung der Ausgaben auf diesem Sektor um 975 Millionen Schilling entfallen 593 Millionen Schilling auf Neubauten und 81 Millionen Schilling auf die Erhaltung von Bauten.

Zweiter Schwerpunkt ist und bleibt das Wohnungswesen, für das 6,4 Milliarden Schilling vorgesehen sind, davon 1,5 Milliarden S für den kommunalen Wohnbau.

Dritter Schwerpunkt ist der Nahverkehr. Einschließlich des Konjunkturausgleichsbudgets sind fast 2,5 Milliarden S für den Bau der U-Bahn vorgesehen. Damit wird gewährleistet, daß 1978 mit dem Teilbetrieb und 1980 mit einer Ausdehnung dieses Betriebs begonnen werden kann.

Der Erhaltungsaufwand steigt um 20 Prozent, diese gleiche Steigerung ist auch für die kommenden Jahre vorgesehen. Damit können die vorhandenen Bauten (Spitäler, Bäder, Kindergärten, Schulen usw.) rechtzeitig und ordentlich instandgehalten werden. Geschehe das nicht, so würden in den folgenden Jahren die dafür nötigen Kosten progressiv steigen.

Als letzte Budgetpost nannte Stadtrat Mayr 528 Millionen S, die für die Verbesserung des Hochwasserschutzes vorgesehen sind. Gerade an diesem Tag, an dem der Pegelstand der Donau in Wien 7 Meter übersteigt, wird die Bedeutung dieses Vorhabens klar. Stadtrat Mayr appellierte unter Hinweis auf dieses Projekt an den Gemeinderat, in allen Fragen die optimalen Lösungen zu suchen. Man solle alle Dinge so in Angriff nehmen, daß einmal gesagt werden kann, die Stadtverwaltung habe nicht nur an den Tag, sondern auch an die Zukunft gedacht.

Minderheitsbericht der ÖVP

Stadtrat Mayr verlas dann als Minderheitsbericht den bereits im Stadtsenat diskutierten Umschichtungs- und Einsparungsantrag der ÖVP zum Budget. Die ÖVP schlägt Reduzierungen beim Sachaufwand, bei der IAKW, dem PID, den Beteiligungen, den Empfängen, den Dienstautos und bei der wirtschaftlichen Grundlagenforschung vor. Außerdem soll die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben herangezogen werden. Dafür sollen die Elternbeiträge für Kindergärten gesenkt, die Gebrauchsabgabe für E-Werke und Gaswerke gestrichen sowie zusätzliche Mittel für Spitals-, Wohnungs- und Verkehrssektor zur Verfügung gestellt werden.

Stadtrat Mayr verwies neuerlich darauf, daß die Kürzung des Sachaufwandes zu Lasten des empfindlichsten Budgetteils, der Erhaltung der Bauten, gehen müßte, was in den folgenden Jahren wesentlich höhere Kosten verursachen würde. Einige Zahlen im ÖVP-Antrag bezeichnete Stadtrat Mayr als "schlicht und einfach falsch",

zum Beispiel die Kosten für die Senkung der Elternbeiträge in den privaten Kindergärten.

Abschließend befaßte sich Stadtrat Mayr mit dem sogenannten Gebührenspiegel. Es gibt Tarife, bei denen der Gemeinderat entschieden hat, daß sie aus sozial- oder kulturpolitischen Gründen nicht kostendeckend sein sollen. So decken die Gebühren bei den Sommerkonzerten 57 Prozent, bei den Musiklehranstalten 4,5 Prozent, bei den städtischen Büchereien 4,17 Prozent, bei den Kindergärten 20,5 Prozent, bei der Rettungs- und Krankenbeförderung 37 Prozent und bei den Bädern 30 Prozent der Kosten.

Es gibt Gebühren, bei denen die Kostendeckung höher ist. So macht sie beim Wasser 75 Prozent, bei den Friedhöfen 95 Prozent, bei den Gärtnereien 97 Prozent, beim Müll 82 Prozent und bei der Feuerwehr-Bereitstellung 38 Prozent aus.

Nun ist es in der Öffentlichkeit zu einer Diskussion um die Tarife gekommen. Stadtrat Mayr sagte, er habe den Eindruck, daß dabei manchmal nicht sachlich fundierte Meinungen, sondern Wunschvorstellungen geäußert werden. Es gibt keine Leistung der Gemeinschaft, die keine Kosten verursacht. Man kann sich nur aussuchen, ob diese Kosten derjenige tragen soll, der die Leistung in Anspruch nimmt, oder ob sie alle gemeinsam über die Steuern bezahlen sollen. Wenn sozial- oder kulturpolitische Motive dafür sprechen, soll der Steuerzahler herangezogen werden. Problematisch wird die Sache etwa beim Wasser, das alle brauchen, wo also jeder jeden mit Steuerzahlungen subventioniert. *

"Jedem von uns wäre es lieber, wenn eine Zauberfee da wäre, die alles bezahlt," sagte Stadtrat Mayr. Eine verantwortungsbewußte Gemeindeverwaltung, die vor der Wahl steht, entweder notwendige Tarifierhöhungen durchzuführen oder in einigen Jahren die erforderlichen Leistungen nicht mehr erbringen zu können, kann sich nur für die Erhöhung entscheiden. Das ist unangenehm und unpopulär, aber unvermeidlich.

Stadtrat Mayr teilte schließlich mit, daß 17 Wienerinnen und Wiener vom Recht, ins Budget Einsicht zu nehmen, Gebrauch gemacht haben. Dabei wurden 83 Erinnerungen zum Budget abgegeben, die den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Behandlung zugewiesen wurden.

Generaldebatte

Die Generaldebatte über das Wiener Budget eröffnete GR. Dr. Erwin Hirnschall (FPÖ). Einleitend stellte er fest, daß die vom Finanzstadtrat aufgestellte Behauptung, der Budgetansatz 1975 bleibe mit einer Steigerungsrate von 7,5 Prozent unter der Inflationsrate zurück, nicht richtig sei. Diese Zahl sei dadurch zustande gekommen, daß der Vergleich des Budgetansatzes 1975 nicht mit dem Budgetansatz 1974, sondern mit dem Rechnungsabschluß 1974 angestellt worden sei, der im übrigen in seinen Details überhaupt noch nicht vorliege. In Wirklichkeit sei also eine Steigerungsrate von 20,8 Prozent erreicht worden, die man aber wahrscheinlich nicht nennen wolle, um der Bevölkerung den Schock zu ersparen und sie in der Illusion zu belassen, sie sei mit ihren durchschnittlichen Gehalts- und Pensionserhöhungen von zehn Prozent gut dran. Wenn man beachte, daß die Ertragsanteile an den Bund um 30 Prozent, die Einnahmen an der Gewerbesteuer um 35 Prozent und aus der Grundsteuer um 30 Prozent gesteigert werden sollen, dann sei klar, daß die Bevölkerung trotz Lohn- und Einkommensteuerreform mit einer gesteigerten Abgabenbelastung zu rechnen habe.

Umso stärker sei zu bewerten, führte GR. Hirnschall weiter aus, daß diese Rekordereinnahmen nicht etwa für den zügigen Ausbau der U-Bahn, der Spitäler, Kindergärten usw. verwendet würden. Während bei der U-Bahn, dem Allgemeinen Krankenhausbau und beim Hochwasserschutz wenigstens nominell gleichgebliebene Ansätze vorhanden seien, was angesichts der Baukostensteigerung von 18 Prozent aber trotzdem einem Abfall gleichkomme, sei bei anderen wichtigen Bereichen, wie etwa beim Ausbau des Kanalnetzes und den Bädern sogar ein nomineller Abfall zu verzeichnen. Nicht betroffen von diesem Abfall seien nur die Rathauswerbung, die Grundstückkäufe und die UNO-City, Wenn nun darauf verwiesen werde, daß für jene Geschäftsgruppen, die beim ordentlichen Budget nicht ausgiebig genug dotiert worden seien, ja über das Konjunkturausgleichsbudget noch weitere Geldmittel flüssig gemacht werden können, so müsse festgestellt werden, daß es nicht sicher sei, daß dieses Budget überhaupt zum Tragen komme. Voraussetzung sei ja ein Konjunkturrückgang, der aber nach den ebenfalls vom Finanzstadtrat erstellten Konjunkturprognosen nicht zu erwarten sei. Unter diesen

Umständen trete die FPÖ dafür ein, die für die UNO-City bereitgestellten 154 Millionen S in das Konjunkturausgleichsbudget zu übertragen und diese Geldmittel im ordentlichen Budget für andere Zwecke zu binden.

Zur fünfjährigen Budgetvorschau erklärte GR. Hirnschall, diese gehe von einem Wunschdenken aus, wenn sie eine jährliche Realwachstumssteigerung um 4,5 Prozent bei einem gleichzeitigen jährlichen Abnehmen der Inflationsrate um 1,4 Prozent annehme. Sie sei aber als Orientierungshilfe vor allem über die Investitionserfordernisse der kommenden fünf Jahre zu begrüßen. Die FPÖ begrüße die Prioritätensetzung für die Stadterneuerung statt Stadterweiterung, für die U-Bahn, das Krankenhaus Ost und die dritte Wasserleitung. Es sei aber nicht einzusehen, daß die Stadt Wien die ständig steigenden Kosten für die UNO-City mit dem Bund mittragen soll, wenn der Bund gleichzeitig seine Beteiligung an den Kosten des U-Bahn-Baues von den geplanten 47 Prozent auf nur mehr 14 Prozent absenke.

Die FPÖ werde daher einen Teil der Umschichtungsanträge der ÖVP unterstützen, könnte aber einzelnen Punkten, wie der von der ÖVP beantragten Kürzung des Sachaufwandes des gesamten Magistrates um fünf Prozent, nicht zustimmen, weil hier auch die Spitäler miteingeschlossen seien und die Kostensteigerungen beim Sachaufwand eine direkte Folge der Inflation seien.

Die FPÖ beantrage ihrerseits die Kürzung der vorgesehenen Mittel für Grundankäufe und Beteiligungen um 200 Millionen S und die Umwidmung dieser Mittel.

Abschließend stellte GR. Hirnschall fest, daß die Investitionssperren und Tariferhöhungen eine direkte Folge der verfehlten Politik der Rathausmehrheit seien, die Sanierung der Verlustgeschäfte des Baurings aus Steuermitteln durchzuführen. Die FPÖ werde daher dem vorgelegten Budgetvoranschlag 1975 ihre Zustimmung verweigern.

ÖVP - gegen Budget

Das vorliegende Budget sei keineswegs ein "Jubelbudget" betonte GR. Hahn als Sprecher der ÖVP. Zur Situation der Wiener Wirtschaft meinte er, daß sich diese im kommenden Jahr infolge gleichzeitiger Finanzierung von verschiedenen Großbauvorhaben, wie Donauinsel, UNO-City, Stadterneuerung, AKH und U-Bahn weiterhin verschlechtern werde. Das Jahr 1975 werde, wie er

ausführte, ein "Jahr des Riemen-enger-Schnallens" sein. Die Hauptschuld an dieser unerfreulichen Entwicklung gab der Redner der sozialistischen Regierung und der Rathausmehrheit. Im Widerspruch zu den Erklärungen von Bürgermeister Gratz stünden auch die bevorstehenden Tarifierhöhungen. Hahn betonte, daß es im kommenden Jahr durch die Einführung der 40-Stunden-Woche zweifellos auch zu einer Erhöhung der Arbeitskosten vor allem in den Dienstleistungsbetrieben kommen werde. Er kritisierte in diesem Zusammenhang die derzeitige Gewerkschaftspolitik der erhöhten Lohnforderungen. In Zukunft sollte mehr Maß gehalten werden. Ebenso werde es in nächster Zeit zu einer weiteren Abschwächung des Wachstums der Wiener Wirtschaft kommen. Hier erinnerte der Debattenredner an das Versprechen des Bürgermeisters, einen Wirtschaftsbeirat zu schaffen.

Zum angekündigten Finanz- und Investitionsplan: Darüber werde noch zu debattieren sein. Die Erstellung einer Prioritätenliste wäre jedoch wichtigste Voraussetzung für eine geordnete Finanzplanung. Eingehend befaßte sich GR. Hahn dann mit den diversen Großbauvorhaben. Die ÖVP sei nach wie vor für den Bau der UNO-City, verlange jedoch genaue Aufklärung über die ständig steigenden gigantischen Baukosten. Beim U-Bahn-Bau forderte er eine höhere Beteiligung des Bundes. Darüber hinaus sollte man aber auch bemüht sein, den Bau der U-Bahn, deren Planung leider sehr unausgereift sei, zu forcieren.

Zur Forcierung des Massenverkehrs: Noch immer gebe es keine konkreten Ansätze für die rasche Elektrifizierung des Schnellbahnnetzes. Desgleichen könne man keineswegs erwarten, daß eine Tarifierhöhung eine Steigerung der Attraktivität der Massenverkehrsmittel mit sich bringt.

Zur Bauring-Bilanz: Hier zeigte sich der Redner darüber befremdet, daß diese erst nach dem Ende der Budgetdebatte im Aufsichtsrat behandelt werden wird. Sollte man etwa die Absicht haben, zur Verbesserung der Bilanz wieder Steuermittel hineinzupumpen, so werde die ÖVP wie schon früher, nicht zustimmen. Schließlich stellte Hahn in diesem Zusammenhang auch die Frage, wann endlich die Staatsanwaltschaft in den "Bauringskandal" eingreifen werde.

Zum Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses: Hier drohe der Wiener Bevölkerung wieder eine gigantische Finanzpleite. Die ursprünglich geschätzten Baukosten in der Höhe von sechs Milliarden

sind mittlerweile bereits auf 16 Milliarden gestiegen. Hahn stellte den Antrag, zur Forcierung des Baufortschrittes einen Beratungsausschuß, bestehend aus Vertretern des Bundes, der Stadt und der Oppositionsparteien zu schaffen, dessen Aufgabe es wäre, den Bau voranzutreiben.

Was den Wohnbau angehe, so sei innerhalb der letzten fünf Jahre mit "Luftziffern" agiert worden. Statt wie versprochen, jährlich 5.000 Gemeindewohnungen zu bauen, habe die Stadtverwaltung von 1969 bis 1973 insgesamt nur 13.200 Wohnungen und 1.800 Ledigenräume gefördert. Abschließend erklärte Hahn namens seiner Fraktion, daß die ÖVP das vorliegende Budget ablehnen müsse, da dieses vollkommen falsche Prioritäten setze, in einzelnen Posten unklar und unsozial sei, sowie wichtige Vorhaben zurückstelle, also keineswegs ein Budget der Vernunft sei.

Suttner: Vorsicht und Optimismus

Bürgermeister Gratz erklärte nach Schluß der Rede Hahns, er werde die Anregung, der Justizminister solle durch eine Weisung der Staatsanwaltschaft in Sachen Bauring beschleunigend eingreifen, an Minister Broda weitergeben.

Als dritter Hauptredner in der Generaldebatte erklärte GR. Reinhold Suttner (SPÖ), eine totale Erfüllung aller Erwartungen an einen öffentlichen Haushalt sei Illusion. Es gehöre jedoch zu den politischen Aufgaben des Gemeinderates, Schwerpunkte in der Budgetpolitik zu setzen. Bei allem Verständnis für die Opposition, zu kritisieren, fuhr Suttner fort, sollte doch ein gewisses Maß an Realität und Seriosität nicht verloren gehen. Die Auswirkungen der ÖVP-Anträge über Einsparungsmöglichkeiten seien nicht vertretbar.

Freilich habe er sich nicht den Kopf der Wiener ÖVP zu zerbrechen, wenngleich es auch nicht immer angenehm sei, mit einer Oppositionsgruppe konfrontiert zu sein, die innerparteilich als "politisches Tschopperl" gelte. Jedenfalls würde eine durchschnittliche Kürzung um fünf Prozent bei verschiedenen Ausgaben zu einer Verminderung der Aufträge an Klein- und Mittelbetriebe des Baugewerbes um 38,5 Millionen Schilling führen, Schulen, Kindergärten und Spitäler könnten weniger beheizt werden, Waschmaschinen in den Wohnhäusern und medizinische Instrumente könnten nicht mehr im notwendigen Ausmaß instandgehalten werden und es könnten zudem weniger Lebensmittel und Medikamente für die Spitäler angeschafft werden, erklärte Suttner.

Auch bei der Schneeräumung, dem kulturellen Sommerprogramm, bei den Pensionistenklubs und bei der Heimhilfe müßten nach den Vorstellungen der ÖVP Kürzungen vorgenommen werden.

Was schließlich die Tarife angehe, so könne es keineswegs als sozial bezeichnet werden, wenn Tarife künstlich niedrig gehalten würden und damit von anderen Bevölkerungsgruppen subventioniert werden müßten. In diesem Zusammenhang zitierte Suttner einen Vortrag von CA-Generaldirektor Treichl, der sich eindeutig gegen jede Subventionierung der Energiekosten ausgesprochen habe. Aber Präsident Hahn versuche offenbar, selbst die KP links zu überholen, attackierte Suttner seinen Vorredner.

Der Voranschlag für 1975 enthalte die notwendigen Schwerpunkte für Gesundheits- und Sozialbauten sowie für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Damit werde konsequent jene sozialdemokratische Politik fortgesetzt, die seit 1919 unter anderem dazu geführt habe, daß in Wien die Ansprüche höher sein könnten als in anderen Städten. Man dürfe aber nicht übersehen, daß die Stadt bereits überfordert werde. So etwa bei den Spitälern und Wohlfahrtsanstalten, die in einem merklichen Ausmaß auch Nicht-Wienern zugute kämen, ohne daß die Stadt dafür einen Kostenersatz bekomme. Der Abgang auf diesem Sektor allein mache bereits über drei Milliarden Schilling aus. Auch das Budget für 1975 sei so erstellt worden, daß es zur Sicherung der Arbeitsplätze beitrage. Dabei sei die Situation in Wien und in Österreich spürbar besser als in vergleichbaren Ländern, da in Österreich noch immer Vollbeschäftigung herrsche, während es in Europa bereits an die drei Millionen Arbeitslose gebe. Wenngleich die Preisentwicklung in Österreich an der Spitze des Sorgenkatalogs stehe, sei sie in Österreich Dank der Stabilitätsbemühungen der Regierung und auch der Stadtverwaltung doch noch relativ günstig. Das Budget sei zwar mit aller Vorsicht, aber gleichzeitig auch mit einem gewissen Optimismus erstellt worden und werde gewährleisten, daß die Wiener Stadtverwaltung auch 1975 großartige Leistungen auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet erbringen könne.

ÖVP zur Mitarbeit bereit

Der nächste Debattenredner Gemeinderat Hoffmann (ÖVP) begann seine Rede mit zwei Feststellungen: Erstens sei das vorliegende Budget unter noch weit schwierigeren Voraussetzungen als sonst in zweifellos ~~fleißiger~~ Arbeit ziffernmäßig zusammengetragen und konstruiert. Die Aufblähung sei gegenüber den Vorjahrsziffern keine wertmäßige, sondern eine inflationäre.

Das Bruttonationalprodukt wies im Bundesdurchschnitt im ersten Quartal 1974 noch ein Wachstum von 5,9 Prozent, im zweiten Quartal von 4,5 Prozent aus. Das Wachstum des Bruttonationalproduktes von Wien in den gleichen Zeiträumen betrage aber nur 2,4 beziehungsweise 1,8 Prozent.

Zweitens, so stellte Hoffmann fest, hat der Finanzstadtrat doch da und dort der langjährigen Kritik der Wiener ÖVP Rechnung getragen. So sind etwa die Einnahmenschätzungen bei den Landesausgaben ziemlich realistisch gehalten. Sie tragen den Eingängen der ersten drei Quartale, interpoliert auf das Jahr Rechnung, beinhalten darüber hinaus verschieden hohe Zuschläge, sind aber kaum unterbudgetiert. Einen sehr geringen Zuschlag verzeichnet die Gewerbesteuer, hier hat der Finanzstadtrat, der ja bei Erstellung des Voranschlages rechtzeitig über die ganze Schwere der Tarifierhöhungen informiert war, deren Wirkung als Betriebsausgaben, die den gewerbesteuerpflichtigen Ertrag der Wiener Betriebe mindern werden, offenbar schon einkalkuliert.

Wie hoch das Bruttonationalprodukt 1975 wachsen wird, dafür liegen verschiedene Ziffern vor. Man errechnet einesteils 4,5 Prozent andere sprechen von vier Prozent. Im ersten Halbjahr 1974 lag aber das Wiener Wachstum unter dieser Ziffer, was eigentlich bei der Budgeterstellung so wie bei einer längerfristigen Vorschau ins Kalkül gezogen werden müßte, um nicht in die Fußstapfen des Finanzministers zu treten.

Der Redner führte weiter aus, daß das sogenannte Konjunkturausgleichsbudget lediglich aus dem normalen Budgetrahmen ~~heraus-~~ geschnitten sei. Auch in seiner Bedeckung ist es nicht sehr erfinderisch. Es soll nämlich durch eine Darlehensaufnahme von 600 Millionen finanziert werden.

Hoffmann kam dann auf die Budgetumschichtungsanträge der ÖVP zu sprechen und übergab diese Anträge dem Finanzstadtrat. Der Umschichtungs- und Ersparungsantrag solle die Tarifwelle, die auf die Wiener zukommt, in Grenzen halten.

Der Redner appellierte dann an den Gemeinderat, den Budgetanträgen der ÖVP doch noch ihre Zustimmung zu geben. Die Alternative, führte Hoffmann weiter aus, heißt Einsparung weiterer Mittel im Budget. Zur Mitarbeit sei die ÖVP bereit.

Gegen kontrollierte Arbeitslosigkeit

Die Äußerungen von Klubobmann Hahn zur Lohnpolitik der Metall- und Bergarbeiter bewiese wieder einmal mit aller Deutlichkeit, die Zwiespältigkeit des ÖAAB, begann Gr. Czettel, ein führender Vertreter der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter, seinen Debattenbeitrag. Bei der ÖVP hätten Gemeinderäte mitapplaudiert, die in der Gewerkschaft die Durchsetzung der Lohnforderungen beschlossen hätten. Dies sei bedauerlich, meinte der Redner. Czettel warf Präsident Hahn einen massiven Angriff auf die Gewerkschaftspolitik ohne Sachkenntnis vor.

Seiner Meinung nach gebe es in der ÖVP von manchen Seiten die Absicht, das System der Sozialpartnerschaft zu torpedieren. Seine Fraktion im ÖGB werde jedoch alles daran setzen, ähnliche Entwicklungen wie in Italien oder Frankreich zu verhindern. Czettel appellierte an die ÖVP, nicht die Basis für die gemeinsame Arbeit zu zerstören.

Der Budgetvoranschlag Wiens sei konjunkturgerecht und treffe zum erstenmal Vorsorgen, die weit über die Voranschläge vergangener Jahre hinausgehen. Der Voranschlag sei für ganz Österreich von nicht unwesentlicher Bedeutung. Czettel klagte darüber, daß andere Bundesländer durch Schutzklauseln landesfremde Unternehmungen rundweg ausschließen. Allein am Beispiel der Materialbestellung für die U-Bahn würde deutlich, daß Wien hier nicht so engstirnig denke und handle. Von den Aufträgen in der Höhe von 2,2 Milliarden Schilling sei rund eine Milliarde in andere Bundesländer geflossen.

Das Sinken des Investitionsaufwandes trage der wirtschaftlichen Realität und den Bemühungen um Stabilität Rechnung, sei aber nicht unbedenklich. Im Mittelpunkt aller Bemühungen habe auch in den kommenden Jahren die Sicherung der Vollbeschäftigung zu stehen. Er, Czettel, nehme Äußerungen konservativer Wirtschafts-

fachleute, eine kontrollierte, geringe Arbeitslosigkeit sei das geringere Übel als das Fortdauern der inflationären Entwicklung, mit Besorgnis zur Kenntnis. Nach Handelskammerpräsident Mitterer habe nun auch Prof. Hajek anlässlich der Nobelpreisverleihung in Stockholm "von der Hoffnung auf kontrollierte Arbeitslosigkeit gesprochen. Ein Fortdauern der inflationären Tendenzen sei langfristig noch schlechter." Diese Aussage sei zutiefst inhuman, denn sie treffe den arbeitenden Menschen und vor allem die materiell schwächsten Schichten der Bevölkerung.

Präsident Hahn (ÖVP) (Hahn kontra Suttner) meldete sich zur Entgegnung einer Äußerung von Klubobmann Suttner zu Wort. Die SPÖ solle zur Kenntnis nehmen, daß der Fraktionsobmann der ÖVP sich nicht mit den Kommunisten in einen Topf werfen lasse. (Beifall, Wirbel.) Er, Hahn, erwarte, daß sich Suttner bei ihm persönlich entschuldige. Er finde, daß Äußerungen dieser Art dem politischen Klima unzutraglich seien.

Schluß der Generaldebatte

Zum Abschluß der Generaldebatte erklärte Stadtrat Hans Mayr (SPÖ), daß er durchaus bereit gewesen wäre, mit einer Delegation der Demonstranten zu sprechen. Er habe eine Woche vor der Demonstration eine der Organisatorinnen empfangen und eine Stunde mit ihr diskutiert. Es gehe aber nicht, daß plötzlich angerufen werde, die Delegation komme nicht, wie vereinbart, am Dienstag, sondern der Stadtrat habe Donnerstag um 17 Uhr zur Verfügung zu stehen. Trotz der Aufforderung, zur Vereinbarung eines neuen Termins nochmals anzurufen, haben sich die Vertreter der Demonstranten bis heute nicht gemeldet.

Eine sachliche Festlegung wirtschaftspolitischer Zielsetzungen sei nicht schwer, setzte Stadtrat Mayr fort. Es gelte zu verhindern, daß der private Konsum überschäumt und es gelte, Mittel in die Investitionsgüterindustrie umzuleiten. Diese einfache Feststellung sei jedoch politisch schwer zu verwirklichen.

Stadtrat Mayr wandte sich dann gegen die Vorwürfe von GR. Hahn, im Budget werde eine Leistungsfülle vorgegaukelt, die nicht vorhanden sei, und gegen die Äußerung "einige Posten verschwimmen".

"Ich muß solche Äußerungen auch namens aller Mitarbeiter der Finanzverwaltung, die an der Budgeterstellung beteiligt waren, energisch zurückweisen", sagte StR. Mayr. "In diesem Budget sind klare Dinge klar dargestellt". Bei allem Verständnis für politische Polemik müsse er persönliche Diffamierungen ablehnen.

Zu den unzureichenden Vereinbarungen mit der Unterstützung des Bundes für Wien, die von der ÖVP kritisiert wurden, stellte StR. Mayr fest, daß diese Vereinbarungen nicht mit der Regierung Kreisky, sondern mit der Regierung Klaus getroffen wurden. Aber sogar diese unzureichende Vereinbarung über die Bundeshilfe für den U-Bahn-Bau sei von den ÖVP-Bundesräten abgelehnt worden. Heute müsse die Bundesregierung damit rechnen, auf heftigen Widerstand der Opposition im Parlament zu treffen, wenn sie dort vorschlägt, was die ÖVP im Gemeinderat verlangt.

Spezialdebatte: Personal und allgemeine Verwaltung

Die Spezialdebatte zum ersten Hauptstück des Budgetentwurfes, Personal und allgemeine Verwaltung, eröffnete GR. Doktor Hirnschall (FPÖ). Er kritisierte zunächst das Sportbudget, das mit einer Erhöhung von acht Prozent hinter der allgemeinen Erhöhung des Gesamtansatzes von zwanzig Prozent stark zurückbleibe. Von den vorgesehenen 161 Millionen für den Sportbereich werde nur ein Bruchteil für den Körpersport und damit für die Volksgesundheit zur Verfügung stehen, weil alle 70 Millionen für den Bau von Sportanlagen und da wiederum fast zur Gänze für die Großprojekte, wie das Hallenstadion und das Sportzentrum West, ausgegeben würden. Für die kleineren Sportanlagen in den Bezirken bleibe fast nichts übrig. Damit werde aber an den Bedürfnissen vorbeigeplant, weil zu befürchten ist, daß die Großanlagen kaum ausgelastet sein werden.

Was den respektablen Betrag von 60 Millionen für die eigentliche Sportförderung betreffe, so würde davon fast die Hälfte der Stadthallenbetriebsgesellschaft für Mieten etc. zur Verfügung gestellt. Hirnschall meinte weiter, daß heuer die großen Fußballvereine im Verhältnis zu den kleinen Vereinen mit Subventionen bevorzugt worden seien. Der Redner reklamierte schließlich die Errichtung der seit zehn Jahren versprochenen Landessportschule, für die noch immer kein Standort bzw. Baubeginn fixiert sei.

Im zweiten Teil seines Debattenbeitrags beschäftigte sich Dr. Hirnschall mit dem Personalwesen. Mit 1. Juli 1975 werde die letzte Etappe der geltenden Gehaltsregelungen wirksam. Angesichts der angespannten Lage der Staatsfinanzen bezweifle er, daß ein totaler Umbau des Besoldungswesens realisierbar sein werde. Es werde also zu einem dritten Übereinkommen auf der Basis des bisherigen Besoldungssystems kommen müssen. Dabei werde man aber der Teuerung durch eine höhere Vorleistungsquote Rechnung tragen müssen, da die Beamten bisher ohnedies nur über Nebengebühren und Überstundenentgelte mit der Teuerung Schritt halten könnten. Für einen wirksamen Teuerungsausgleich böten sich die Haushaltszulage und die Kinderbeihilfe an. Abschließend wies der Redner auf Errungenschaften der Beamtenschaft in anderen Bundesländern hin, die in Wien noch auf sich warten ließen: Etwa eine allgemeine Remunerationsgewährung wie in Graz von 15 Prozent, Werksküchenzuschüsse wie in Salzburg. Im Budgetansatz dieses Kapitels vermisse er schließlich Aufwendungen für Personalwohnräume für Kindergärtnerinnen und Sozialhelferinnen. Wohnräume für diese Gruppen wären werbewirksamer als buntbedruckte Broschüren.

Lob für Beamte

GR. Prof. Zörner (ÖVP) stattete zu Beginn seiner Rede den Beamten und Bediensteten der Stadtverwaltung namens der ÖVP den Dank für ihre Leistung ab. Er kritisierte die bei sozialistischen Spitzenpolitikern wie Bundeskanzler Kreisky in letzter Zeit üblich gewordene Praxis, die Beamten des Bundes, der Länder und der Gemeinde durch gezielte Bemerkungen abzuwerten. Man müsse berücksichtigen, führte GR. Zörner weiter aus, daß die Beamten besonders durch die Flut neuer Gesetze großen Belastungen ausgesetzt seien. Zum Vorwurf seines Vorredners Czettel, daß von der Gewerkschaft der öffentliche Bediensteten eine Lizitationspolitik betrieben werde, bemerkte der Redner, daß hier eine Solidaritätshaltung aller Gewerkschaften angebracht wäre, als solche Kritik. Prof. Zörner kritisierte weiter die angeblichen Benachteiligungen, die einen Teil der Bediensteten der Stadt Wien durch das Personalvertretungsgesetz erwachsen würden. Außerdem stellte er fest, daß der Ärztenotstand in gewissen Teilen Wiens, speziell im 17. Bezirk, nicht zuletzt auf die zuwenigen Ausbildungsplätze in den Gemeindespitälern zurückzuführen sei.

Mehr Arbeit für Beamte

GR. Ludwig (SPÖ) betonte in seiner Antwortrede, daß Angriffe auf den Bundeskanzler vor diesem Forum umso leichter durchzuführen seien, weil hier ja nicht die Gefahr bestünde, daß der Kanzler selbst aufstehe und antworte. In seinen weiteren Ausführungen zählte der Redner einige der schon erfolgten oder in Vorbereitung begriffenen Neuregelungen auf, durch die den Mitarbeitern der Geschäftsgruppe I beträchtliche Mehrarbeiten erwachsen.

Unter anderem zählten hiezu die Neuregelungen der Wasserrechtsangelegenheiten, durch die Marktwesenverordnung die Überwachung der Land- und Forstwirtschaftsbetriebe sowie die Novelle zum Feldschutzgesetz. Wesentliche Mehrarbeit erwüchse den Magistratischen Bezirksämtern und der ihnen übergeordneten Magistratsbehörde durch die Vollziehung des Baumschutzgesetzes. Nicht zuletzt solle auf die 3,8 prozentige Steigerung der Frequenz bei den Standesämtern hingewiesen werden, wobei das starke Steigen der Frequenz durch ausländische Parteien auch eine Intensivierung der Auseinandersetzung mit ausländischen Rechtsnormen mit sich bringe. Der Redner wies weiter auf die Arbeit bei der ständigen Überarbeitung der Wählerevidenz und der Ausstellung von Wahlkarten hin. Weiter führte er als Ursachen für solche Mehrbelastungen der Bediensteten das Stadterneuerungs- und Bodenbeschaffungsgesetz, das Ölfeuerungsgesetz, das Garagen-gesetz sowie im Zuge wichtiger Straßen- beziehungsweise U-Bahn-Bauten notwendig gewordene Enteignungsverfahren an. Nicht zuletzt hätten die Mitarbeiter der Geschäftsgruppe I durch ihre Arbeiten auf dem Tarifsektor einen stabilitätspolitischen Beitrag geleistet, sowie durch die Vorarbeiten für den Landesentwurf zum Preisgesetz und die geplante Veränderung der Stadtverfassung zukunftsweisende Regelungen vorbereitet.

Für kleinere Sportplätze

GR. Prof. Bittner (ÖVP) ging auf verschiedene Sportbauvorhaben ein, wobei er unter anderem den zögernden Baufortschritt bei der Mehrzweckhalle im Prater und beim Weststadion kritisierte. Weiter befaßte sich der Debattenredner mit dem zum Teil schlechten Zustand der Wiener Fußballplätze und reklamierte in

diesem Zusammenhang einen Wiener Sportstättenplan, um den seit 1971 "Funkstille" herrscht. Im Gegensatz dazu hätten die meisten Bundesländer einen solchen Plan fertiggestellt. Anstatt gigantische Sportzentren zu errichten, wäre es wesentlich wichtiger, eine Sanierung der vielen kleinen Sportstätten vorzunehmen beziehungsweise geeignete Sportmöglichkeiten bei neuen Wohnhausanlagen zu schaffen.

GR. Dr. Müller (SPÖ) hob in seinem Debattenbeitrag die Bedeutung des Wiener Landessportgesetzes als Voraussetzung für eine entsprechende Förderung des Sports hervor. Er kündigte an, daß sich ein neues und zeitgemäßes Spiel- und Sportplatzschutzgesetz zur Zeit in Vorbereitung befindet. Ebenso werde an einem Landessportschulgesetz und einem Wiener Schulschulgesetz gearbeitet. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen unterstrich Dr. Müller die Bemühungen der Stadtverwaltung beim Bäderbau und der Errichtung von Sportanlagen. Als Beispiele dafür nannte er die Schleppliftanlage auf der Himmelhofwiese und die Inbetriebnahme einer zweiten Rohrleitung für Schneekanonen auf der Hohen-Wand-Wiese, auf der im kommenden Jahr ein internationaler Parallelschlalom stattfinden wird. Zum Vorwurf wegen des zögernden Baufortschrittes bei der Mehrzweckhalle im Prater und beim Weststadion: Mit der Fertigstellung ist Mitte 1976 zu rechnen.

Datenschutz

GR. Köchler (ÖVP) beschäftigte sich ausführlich mit dem Problem des Datenschutzes und beklagte es, daß es in Österreich noch kein Datenschutzgesetz gebe. Seiner Meinung nach könnte und sollte das Land Wien mit einer eigenen landesgesetzlichen Regelung gleichsam als Vorbild für alle anderen Bundesländer vorprellen. Die deutschen Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz hätten dies bereits getan, da es eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung in Deutschland auch noch nicht gäbe. Als vorbildlich bezeichnete Köchler das schwedische Datenschutzgesetz. Die Sorge um den Schutz der Privatsphäre des Bürgers werde immer größer, weil auch die Zahl der gespeicherten Daten durch amtliche und auch private EDV-Anlagen zunehme. Ein Wiener Adressenbüro, so erklärte Köchler, besäße sogar das gesamte Wählerverzeichnis Wiens, was nur durch eine mißbräuchliche Auslieferung dieses Verzeichnisses möglich gewesen sei.

56.000 Bedienstete

GR. Wiesinger (SPÖ) replizierte zunächst auf einige Vorredner zum Kapitel 1: Die Schulung der Beamten werde ohnedies vorgenommen. Ein Personalvertretungsgesetz stehe vor der Tür und was den Datenschutz anlange, so gäbe es seit kurzem Anordnungen für den internen Gebrauch. Zudem seien etliche Juristen der Meinung, das Land Wien könne eine eigene gesetzliche Regelung nicht erlassen. Im Personalbudget, fuhr Wiesinger fort, sei selbstverständlich für die nächste Gehaltserhöhung ab 1. Juli 1975 ebenso Vorsorge getroffen wie für die Arbeitszeitverkürzung. Der Personalstand vermehre sich um etwa ein Prozent, während die Arbeitszeitverkürzung fünf Prozent ausmache. In der Differenz komme die Rationalisierung zum Ausdruck. Die Stadt Wien beschäftige derzeit rund 56.000 Menschen und weise rund 36.000 Pensionisten auf. Wenn man pro Haushalt drei Personen rechne, so heiße das, daß ein Sechstel der Wiener Bevölkerung seine Existenz direkt der Stadt verdanke. Die Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes stehe ebenso bevor, wie ein Personalvertretungsgesetz, wobei es schwierig sein werde, die Einheitlichkeit für die Bediensteten der Stadt zufolge verschiedener Rechtsnormen zu gewährleisten.

Spezialdebatte Finanzen und Wirtschaft

GR. Schneider (ÖVP) befaßte sich als einziger Redner in der Spezialdebatte zum 2. Hauptstück mit den Einnahmen und Ausgaben der Stadt Wien. Hier ist, so meinte der Redner, bei der Lohnsummensteuer eine Einnahmensteigerung von 205 Millionen zu verzeichnen, wobei seit 1973 durch geänderte Werbekosten eine Härte zu Tage getreten ist. Bei der Vergnügungssteuer solle man eine generelle Entrümpelung vornehmen. Wien ist die einzige Gemeinde Österreichs, in der die doppelte Vergnügungssteuer eingehoben wird.

Er machte den Vorschlag einer Übergangslösung für Klein- und Mittelbetriebe, wo beispielsweise bei Hausbällen und dergleichen, die Konsumationssteuer entfallen soll.

Auch die Getränke- und Gefrorenessteuer, sagte Schneider, bedürfe ebenfalls einer Revision. Er zitierte einen Zeitungsartikel, wonach in den Bundesländern Gemüse- und Fruchtsäfte steuerfrei seien. Jene viereinhalb Millionen Schilling, die zweckgebunden für kriegsbeschädigte Sportanlagen aus dem Sportgroschen verwendet werden, könnte man anderswo verwenden, zumal man heute nicht mehr feststellen könne, welche Sportanlagen kriegsbeschädigt sind.

Spezialdebatte Kultur

GR. Bauer (FPÖ) stellte fest, daß die Ausgabenⁿ für Jugend, Kultur und Bildung von 3.465 auf 4.427 Millionen Schilling aufgestockt wurden und kritisierte gleichzeitig, daß ein Großteil der Ausgabensteigerung auf Personalkosten entfalle. Daher bleibe für den Sachaufwand zu wenig übrig.

Weiter bemängelte Bauer, daß nur viereinhalb Prozent des gesamten Budgets für Jugend, Kultur und Bildung vorgesehen seien, während für nichtkommunale Gemeindebetriebe ein Großteil des Budgets ausgegeben werde. So sei bei den baulichen Herstellungen der Kindertagesheimstätten eine 14prozentige Einschränkung zu verzeichnen. Die FPÖ glaubt, so sagte Bauer, daß von einer Misere beim Kindergärtenbau gesprochen werden muß.

GR. Bauer brachte anschließend drei Abänderungsanträge der FPÖ ein. Die Ausgabenpost "Büchereien - Inventarerhaltung" soll auf sechs Millionen erhöht werden. Die Förderungsmittel aus dem Ertragnis des Kulturschillings sollen herabgesetzt, die Ansätze für Denkmalpflege erhöht werden. Schließlich wird verlangt, die Ausgabenpost "Kindertagesheime - Bauliche Herstellungen" auf 87,150.000 Schilling zu erhöhen.

Richtigstellung

Zu einer kurzen Richtigstellung einer Behauptung von Dkfm. Bauer (FPÖ) meldete sich Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner zu Wort. Es sei unrichtig, daß die Mittel aus dem Kulturschilling zweckwidrig verwendet würden. Nach dem Gesetz sind die Mittel "für kulturelle Zwecke, insbesondere für die Altstadterhaltung" vorgesehen. Dem Gesetzesinhalt werde hundertprozentig entsprochen.

Jugendbetreuung

GR. Herbert Mayr (SPÖ) wies den Vorwurf Bauers, daß für die Kindergärten zu wenig getan würde, vehement zurück. Im Finanz- und Investitionsplan der letzten Jahre seien beträchtliche Mittel für den Kindergartenneubau vorgesehen. Mayr befaßte sich insbesondere mit der Kinder- und Jugendbetreuung, zählte zahlreiche Initiativen auf und stellte fest, daß Wien auf diesem Gebiet Vorbildliches leiste. Ein interessantes Detail: Bei der Errichtung von größeren Wohnhausanlagen der Gemeinde sollen in Zukunft Kindertagesheime gleich miteingebaut werden. Die finanzielle Bilanz der Kinder- und Jugendbetreuung in Wien zeige, daß sich die Stadtverwaltung ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgern von morgen voll bewußt sei. Einnahmen von rund 264 Millionen Schilling stehen Ausgaben von rund 1,1 Milliarden Schilling gegenüber.

Kulturförderung

Die Kulturförderung in Wien wecke Unbehagen, deponierte GR. Dr. Erika Danzinger (ÖVP). Sie sei undurchschaubar, es fehlten klare verständliche Richtlinien. Dr. Danzinger forderte eine Ausarbeitung solcher Richtlinien und die öffentliche Bekanntgabe. Für den Bereich Literatur schlug sie vor, in Ergänzung von Bundesaktivitäten mehrere Langzeitstipendien für Künstler über 40 einzuführen und an Ausländer Aufenthaltsstipendien zu vergeben. Die Rednerin brachte einen diesbezüglichen Antrag ein. Der Entfremdung zwischen Kunst und Gesellschaft müsse wirkungsvoll durch die Schaffung von kulturellen Aktivitätszentren entgegengetreten werden. Initiativen in dieser Richtung sollten vor allem in bestehenden Gebäuden verwirklicht werden. Dr. Danzinger machte den Vorschlag, das freiwerdende Polizeipräsidium am Parkring in ein kunstpädagogisches Zentrum umzuwandeln. Im Zusammenhang mit den Festwochen appellierte sie an die Kulturstadträtin, vom Bund mehr Geld zu verlangen. Darüber hinaus regte sie die Schaffung österreichischer Theatertage an und brachte einen Antrag ein, während der Festwochen die besten Inszenierungen jedes Bundeslandes aufzuführen. Sie regte neuerlich an, bei den Kindergärten den stufenweisen Nulltarif einzuführen, bezeichnete die Familienpolitik in Wien als unterprivilegiert

und forderte die Installierung eines familienpolitischen Beirates auf Landesebene. Auch für die behinderten Kinder müsse in Wien mehr getan werden. Als Vorbild könne das Kindergartenzentrum Hennekamp in Düsseldorf dienen.

Keine Schulraumnot

GR. Hanke (SPÖ) erklärte in seinem Debattenbeitrag zu den Kapiteln Schule und Jugend, daß es 1975 in Wien keine Schulraumnot geben wird. Dazu werden die um mehr als 31 Prozent auf insgesamt 2,8 Milliarden angehobenen Budgetmittel beitragen. Vor allem in den neuen Siedlungsgebieten werden die erforderlichen Schulneubauten verwirklicht werden können. Als richtungsweisend sind dabei neue Bauformen, wie etwa das Projekt Schule-Wohnhaus, anzusehen. Anders sei die Situation bei den Allgemein**bildenden** Höheren Schulen, wo sich die jahrzehntelange Benachteiligung durch den Bund als bitteres Erbe in Schulraumnot ausdrückt. Erst die sozialistische Bundesregierung und die Stadt Wien konnten gemeinsam bei der Errichtung neuer Mittelschulen die Situation verbessern. Hanke wies besonders darauf hin, daß im kommenden Jahr für die Sanierung der Berufsschulen um 100 Millionen S mehr bereitgestellt werden. Zur Förderung der persönlichen Entfaltung der Jugend werden im kommenden Jahr vier weitere Jugendzentren eröffnet. Weiter ist die Errichtung eines dritten Info-Centers vorgesehen.

Berufsschulsorgen

GR. Arthold (ÖVP) erklärte, daß der gute Stand der Volksschulen in Wien zu respektieren sei, daß jedoch die Berufsschulen arg vernachlässigt würden. Die Berufsschulen entsprächen in keiner Weise mehr den Anforderungen, weder in baulicher Hinsicht noch einrichtungsmäßig. Besonders die kaufmännischen Berufsschulen müßten sich seit Jahren mit Provisorien behelfen. Beim Vergleich, was Wien und andere Bundesländer für die Berufsschulen aufwänden, schneide Wien äußerst schlecht ab. Im nächsten Jahr würden in Wien 80 Berufsschulklassen mehr benötigt werden. Während andere Bundesländer die Jahre der Hochkonjunktur genützt hätten, um ihre Berufsschulen auf einen guten Stand zu bringen, habe Wien diese Chance vertan und könne sie in Zeiten der Einschränkung nicht aufholen.

Berufsschulprobleme

GR. Gawlik (SPÖ) wies die Behauptung, daß zwischen den sozialistischen Berufsschullehrern und der Schulverwaltung nicht der nötige intensive Kontakt bestehe, entschieden zurück. Er bezeichnete die von seinem Vorredner aufgezeigten Zustände an den Wiener Berufsschulen als Horrorbild. GR. Gawlik betonte, daß er grundsätzlich für den zweiten Berufsschultag für alle Lehrlinge eintrete, weil er nicht einige Lehrlingsgruppen, wie etwa die Friseure, abwerten wolle.

Zur lehrgangsmäßigen Berufsschule wies GR. Gawlik auf die pädagogischen Probleme hin, die die Kasernierung und kurzfristige Überförderung der Berufsschüler dort mitsichbringe.

Mit einem grundsätzlichen Bekenntnis zum dualen System verband GR. Gawlik die Aufforderung an die ÖVP-Fraktion, Hilfestellung bei der Auflockerung dieses Systems zu leisten. Die Standardhebung bei der Lehrlingsausbildung könne nicht in achttägigen Kursen des Wirtschaftsförderungsinstitutes erfolgen.

Zu den **Vorwürfen**, daß für die Berufsschulen in Wien zuwenig getan werde, betonte GR. Gawlik, daß allein bei den Berufsschulen eine Steigerung der Mittel für Investitionen um 70 Prozent vorgenommen werde.

Abschließend erklärte GR. Gawlik, daß die dynamische Entwicklung auf dem maschinellen Sektor eine Synchronisation der Schulausrüstung mit den jeweils modernsten Errungenschaften unmöglich mache. Auch in anderen Ländern, wie etwa Großbritannien, Frankreich, Schweden und Norwegen sei hier eine Phasenverschiebung zu bemerken.

Lehrlingsprobleme

Zu Wort meldete sich anschließend Stadtrat Neusser (ÖVP)... Er wies zum Problem des starken Verkehrslärms vor der Schule in der Mollardgasse auf Lösungsmöglichkeiten hin, wie sie etwa die Enquete des Bautenministers zum Thema "Energiesparen in den Haushalten" jüngst aufgezeigt habe. Stadtrat Neusser führte weiter aus, daß er dankbar das Bekenntnis seines Vorredners zum dualen Ausbildungssystem entgegennehme und damit die Aufforderung an alle verbinde, mit der Sorge für eine bessere Ausbildung der Lehrlinge auch die Garantie für ein Funktionieren der Wirtschaft in der Zukunft zu übernehmen.

Abschließend wies Stadtrat Neusser darauf hin, daß die von der Gewerkschaft geforderte Reduzierung der Gesamtausbildungszeit für Lehrlinge von vier auf drei oder zwei Jahre bei gleichzeitiger Einführung eines zweiten Berufsschultages eine Entwicklung einleiten könnte, wie sie bereits im süddeutschen Raum in erschreckendem Ausmaß vor sich gehe. Dort sei es auf Grund der relativ hohen Ausbildungskosten leider gang und gäbe geworden, keine Lehrlinge mehr aufzunehmen, sondern Hilfsarbeiter notdürftig auszubilden.

Kulturelle Bilanz

GR. Ascherl (SPÖ) erklärte, er müsse die Behauptung, Wiens kulturelles Klima sei negativ, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Man **brauche** nur das wöchentliche Veranstaltungsprogramm anzuschauen, um zu sehen, daß ein umfangreiches Angebot von Veranstaltungen und Einrichtungen bestehe. Es sei schwer, diese Fülle zu überblicken und aus ihr auszuwählen. Ein großer Teil davon werde von der Stadt Wien subventioniert.

Die Ausgaben für die Geschäftsgruppe 3 steigen überdurchschnittlich, der Anteil des Kulturbudgets am Gesamtbudget erhöht sich dadurch von 12,5 auf 12,9 Prozent.

Auch der Vorwurf der Konzeptlosigkeit sei unberechtigt. Schon vor Jahren habe Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner das Wiener Kulturprogramm vorgelegt, nach dem nun zielstrebig gearbeitet werde.

GR. Ascherl schilderte dann eingehend die für 1975 geplanten Aktivitäten. Das Netz kultureller Zentren werde ausgebaut, Kunst und Wissenschaft würden verstärkt gefördert werden, die Subventionen für die Theater würden wegen der steigenden Kosten erhöht, besondere Initiativen für die Denkmalpflege seien geplant. Als besondere Aktivitäten nannte GR. Ascherl unter anderem die Ausstellung "Expressiver Realismus" im Rahmen der Österreich-Wochen in Amsterdam, Bonn und Lüttich, die Makart-Ausstellung in der restaurierten Hermes-Villa, die Jubiläumstournee der Wiener Symphoniker nach Japan und Amerika mit dem Konzert vor der Vollversammlung der UNO, die Johann Strauß-Ausstellung in der Volkshalle und das Musikfest im restaurierten Konzerthausaal.

Gefahr der Verschulung

GR. Prohaska (ÖVP) wurde von der SPÖ mit Zwischenrufen empfangen, weil eine Kurzfassung seiner Rede schon zwei Stunden vorher vom ÖVP-Pressedienst ausgeschickt worden war. Er stellte fest, daß junge Menschen heute durch Reizüberflutung und mangelnde Naturerlebnisse motiviert seien. Das führe zur Passivität gegenüber der Gesellschaft. Die Gemeinschaft müßte dem entgegentreten, die Stadt Wien fördere das aber nur zum Teil. Es bestehe die Gefahr einer totalen "Verschulung". Die Gemeinde sollte jedoch nur Hilfe anbieten, wenn das Elternhaus nicht imstande sei, optimale Bedingungen zu bieten.

Es sei außerdem nötig, das Kontrasterlebnis zwischen Arbeit und Freizeit abzubauen. Freizeitforschung, Freizeitplanung und Freizeitinformation seien dazu notwendig. Von 23 Bezirken hätten nicht einmal zehn ein Hallenbad, elf Bezirke seien ohne Sommerbad. Über 60 Prozent der Bewohner Neufahrgrans gingen abends nie oder nicht öfter als einmal im Monat aus. Es fehlten noch immer die versprochenen Radfahrstraßen. Prestigeprojekte hätten Vorrang vor regional gestreuten Sportplätzen. Zum Ferienspiel meinte GR. Prohaska, es sei von der Idee her großartig, aber es fehle die pädagogische Ausrichtung.

Der Redner begrüßte auch die Erhöhung der Subventionen für die Jugendorganisationen, kritisierte jedoch, daß im Durchschnitt die Subventionen um 50 Prozent erhöht wurden, während die Sozialistische Jugend um 57 und die Kinderfreunde um 70 Prozent mehr bekämen.

Die Leistungen auf kulturellem Gebiet seien positiv, schloß GR. Prohaska, doch von zwei Nachteilen überschattet: von der Fülle nicht eingehaltener Versprechungen und davon, daß die SPÖ manchmal mehr an den Sozialismus als an die Wiener Bevölkerung denke.

Die Beratungen werden morgen Mittwoch, 11. Dezember, um 9 Uhr fortgesetzt. Das Tagungsprogramm: Gruppe 4,5 und 6.

(Ende des Sitzungsberichtes)